

Dresdner Volkszeitung

Redaktion: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1966.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banlino: Geb. Krähe, Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100,- M., durch die Post
bezogen monatlich 100,- M., unter Kreisbund für Deutschland monatlich
130,- M. Einzelnummer 5,- M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungspag. 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungspag. 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 geplante Monopareillezeile 12,00 M. Familienanzeigen
8,50 M., die 8 geplante Monatezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe
Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
auf Aufnahme am vorgeschriebenen Tag. Für Preisniedrigung 2 M.

Nr. 205

Dresden, Sonnabend den 2. September 1922

33. Jahrg.

Kommunistische Helfer der Reaktion

kb. Die sächsische Reaktion jubelt. Was ihr aus eigener Kraft bisher nicht gelungen ist, mit Hilfe der neuen Koalition von Dr. Beutler bis zum Kommunisten Sievert ist es möglich geworden: die Gemeindereform wird nicht Gesetz, das Gesetz für die Beamten zum Schutz der Republik verschwindet, das Arbeitnehmerkennzeichen bleibt unverändert, und in einer Zeit ungeheuerlicher Teuerung und Bevölkerung wird das Parlament verhindert, notwendige Gegenmaßnahmen zu treffen. Wahrlieb! Ein glänzender Erfolg kommt nun in sicherer Taktik! Noch niemals ist wohl die schändliche Politik dieser Partei so klar hervorgetreten wie durch den Bechluss des Rechtsausschusses vom Mittwoch, der unsern Versuch, das Parlament bis zur Neuwahl arbeitsfähig zu erhalten, glatt ablehnte. Das war nicht mehr das nahe Geboren politischer Kinder, das war bewußte und gewollte Schädigung des Proletariats. Man vergegenwärtige sich folgendes:

Nach jahrelanger Vorarbeit kommt eine Gemeindevereinigung in Aufstand, von der das Organ der Deutschnationalen Volkspartei, die Dresdner Nachrichten, mit gutem Grunde behauptet, daß sie der Regierung die Möglichkeit gebe, auch die letzte Staatszelle für ihre sozialistischen und sozialen Ideen auszubauen. Eine Reform, die tatsächlich das Volk nicht nur an der Gemeindebefreiung, sondern auch an einem großen und wichtigen Teil der Verwaltung beteiligt, und deren hoher Wert mit darin besteht, daß allmählich 52 Prozent aller Bürgermeister und Gemeindevorstände in sozialistischem Sinne arbeiten werden.

Wer da weiß, was an Arbeit und Mühe in diesem Gesetz steht, wer da weiß, mit welchen Mitteln Deutschnationale und Deutschoberbürgerliche diese Reform zu hinterziehen versuchen, der wird den ungeheuren Schaden ermessen können, der darin liegt, daß das Gesetz zunächst begraben wird. Denn wenn der Landtag aufgelöst wird, muß die ganze Arbeit von neuem begonnen werden, und es läuft ein Jahr vergehen, bis wir wieder so weit sind, wie heute.

Da ist das Gesetz für die Beamten zum Schutz der Republik. Keine Partei hat so stürmisch die Demokratifizierung der Verwaltung gefordert, wie die kommunistische Partei. Niemand hat in dieser Hinsicht so viel unberechtigte Vorwürfe erhoben als sie. Nun bringt die sächsische Regierung einen Gesetzentwurf ein, der auf Grund des Reichsrabenmengesetzes die sächsischen Staatsbeamten zum Schutz der Republik verpflichtet und der die Möglichkeit bietet, alle Beamten, die gegen die Republik arbeiten, aus dem Amt zu entfernen. Da sind es ausgerechnet die Kommunisten, die die Annahme dieses Gesetzes verhindern und es durch ihre Zustimmung zur Landtagsauflösung verschulden, daß Monate vergehen, ohne daß der Staat in der Lage ist, gegen die verfeindeten und offenen Feinde der Republik innerhalb der Beamtenfamilie vorzugehen zu können.

Da ist weiter das Gesetz über die Arbeitnehmerfamilien, die endlich einmal ein Gegengewicht gegen die Handels- und Gewerbebossen bilden sollen. Und wieder sind es die Kommunisten, die die Beratung und Beschlusssetzung dieses äußerst wichtigen Gesetzes verhindern.

Die Not und der Hunger pochen an die Türen. Kälte und Kohlemangel stehen drohend bevor. Die Auswirkung des Tiefstandes der Mark wird immer katastrophaler. Die Unternehmer sind nicht mehr in der Lage, Rohstoffe zu kaufen. Viele Betriebe bestehen nicht genügend Geld, die Gehälter der Arbeiter und Angestellten auszahnen zu können. Die Warenpreise steigen von Tag zu Tag ins Fette. Größere Arbeitslosigkeit und Betriebsstörungen stehen zu erwarten. Angesichts solcher katastrophalen Wirtschaftsgeschehen ist das Zusammenbleiben des Parlaments, sind gesetzliche Gegenmaßnahmen eine gebieterische Forderung.

Aber was schert das die Kommunisten! Mag sich bei ihnen doch die Not doppelt fühlbar machen! Sie glauben, die Freiheit einer aus dem Hunger geborenen Stimmung für sich politisch auszunutzen. Es war ein erbarmungslosiges Spiel, als der Komunist Rennert, um dieses arbeitschädliche Gebot zu verschleiern, im Rechtsausschuss erklärte, daß unter lautem und unter Zusammensehen mit den Bürgerlichen eine gründliche sozialistische Politik verhindert haben und sie deshalb eindringlich riefen, und aufzufordern, mit ihnen gemeinsam den Landtag aufzulösen, die Einheitsfront des Proletariats herzustellen und so in gewaltigem Ansturm das Bürgertum zu überrennen.

Wir wiesen diesen seltsamen Vertretern des Proletariats sofort nach, daß gerade diese von den Kommunisten befürwortete sozialistische Politik, die eingangs erwähnten Gesetze, die Ursache seien, weshalb die Reaktion stürmisch die Auflösung des Landtages forderte. Wir wiesen ihnen nach, daß sie dauernd den Bürgerlichen in die Hände gearbeitet haben. Wir wiesen ihnen nach, daß nur mit ihrer Hilfe die Bürgerlichen ihr Ziel erreichen könnten. Nicht, daß wir eine Auflösung des Landtages fürchten oder sie zu verhindern suchten! Nur wollten wir nicht, daß zwischen der Auflösung und dem Wiederzurkommen des neuen Landtages die so dringend notwendige gesetzgeberische Arbeit für mindestens zwei Monate unterblieben wird. Wir wollten die Möglichkeit bieten, daß in dieser Zeit die Geschehe, die zum Teil schon durchberaten sind, verabschiedet werden, daß der Landtag bestmöglich aufgelöst und

die Regierung in ihren Aktionen in den kommenden Wochen von der Verantwortung des Parlaments mitgetragen wird.

Doch Deutschnationale und Deutschoberbürgerliche Parteien das nicht wollten, sprachen sie offen aus, während die Demokraten die übliche schwierige Haltung einnahmen. Sie waren zwar auch dafür, daß das Parlament eine Kontrolle bis zum Tage der Neuwahl ausübe, glaubten aber, das Parlament zur Sitzgruppe für die Zeit der Landtagsauflösung bis zur Neuwahl herabzuwidigen zu müssen. Sie forderten nämlich, daß in dieser Zeit keine Gesetze verabschiedet und keine neuen geschaffen werden dürften. Das wäre eine Säkularität! Eindeutig hält man eine Tätigkeit des Parlaments für erforderlich, dann muss ihm auch die Möglichkeit gegeben sein, gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen. Aber die Demokraten wollten offenbar nur noch außen ihr demokratisches Herz präsentieren. Sie wagten nicht einmal, ihren Vorschlag zum Antrag zu erheben und damit eine positive Entscheidung herbeizuführen.

Aber schließlich waren die bürgerlichen Herren sich ihrer Koalitionsübermacht von links sicher. Man muß denn auch das Schnurnetz derer um Beutler und Blüher gesehen haben, als ihnen die Kommunisten nach bekannter proletarischer Einheitsstrategie zu Hilfe kamen, unser Antrag auf befristete Landtagsauflösung niedergestimmt und die sofortige Landtagsauflösung beschlossen.

So wird denn am 14. September dieses verräterische Spiel, das lange genug gewährt hat, besiegelt werden. Wir hoffen, daß es gelingen wird, den Arbeitern zu zeigen, wie sehr sie von den Kommunisten betrogen wurden und ihre Interessen dauernd auf das schwere geschädigt werden. Die Herren haben tatsächlich die Einheitsfront erreicht, aber eine mit Beutler und Blüher bis zu den Demokraten gegenüber den Sozialisten.

Der französische Ministerrat hat die Entscheidung der Reparationskommission zur Kenntnis genommen, ohne Widerstrich zu erheben. Der Ministerrat nahm davon Kenntnis, daß Belgien die Frage der Zahlungsweise nach seiner individuellen Auffassung lösen zu sollen glaubte. Es wurde bei dieser Gelegenheit jedoch betont, daß der französischen Regierung dieser Fall als Präzedenzfall dienen müsse, um bei etwaigen ähnlichen Anlässen volle Handlungsfreiheit zu besitzen mit Deutschland gleichfalls direkte Verhandlungen zu führen.

Gleichzeitig sollte der Ministerrat die Note fest, die als Antwort auf die Note Poincarés gelten soll. Der Ministerrat verlangt die baldige Einberufung einer Konferenz, auf der die Frage der internationalen Schulden geregelt werden soll. Auf dieser Konferenz sollen alle interessierten Staaten vertreten sein.

Allseitige Zufriedenheit

Ministerpräsident Poincaré hat den Pressevertretern erklärt, die französische Regierung sei von der Entscheidung der Reparationskommission befriedigt.

Auch in Londoner politischen Kreisen überwiegt die Zufriedenheit über die Entscheidung der Reparationskommission und darüber, daß Poincaré sich nicht völlig unnachgiebig gezeigt hat. Demgegenüber tritt die Bedeutung der Tatsache in den Hintergrund, daß Bradbury's Antrag auch bei dem italienischen Delegierten keine Zustimmung gefunden hat.

Das in der Reparationskommission erzielte Kompromiß wird von der englischen Presse als ein Moratorium unter anderem Namen bezeichnet. Die Tatsache, daß die Entscheidung einstimmig erfolgte, wird mit besonderer Genugtuung herorgehoben.

Eine Mahnung der Gewerkschaften

Die gewerkschaftlichen Spartenorganisationen haben am Freitag zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Einführung Stellung genommen. Soweit die weiteren Pläne der Reichsregierung bekannt sind, werden sie von den Gewerkschaften als vollkommen ungünstig erachtet. Die Spartenorganisationen haben deshalb in einem Telegramm an den Reichslandtag um sofortige neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gebeten.

Hierzu schreibt der Sozialdemokratische Parteimitentsdienst: Die Reichsregierung war, auf dem besten Wege, gegen Teuerung und Wucher vorgegangen. Ihre angekündigten Maßnahmen haben bei den breiten Volksmassen größte Sympathie gefunden, leider aber blieb es bisher nur bei der Ankündigung. Die Veröffentlichung einer Verordnung über die Einschränkung der Einführung, die übrigens äußerst ungünstig erscheint, und die Ausarbeitung einer Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrabgaben, von der man sich ebenfalls nicht viel versprechen soll — das sind die jebliebene Maßnahmen — können keinesfalls, daß die Reichsregierung in den letzten Tagen durch die verschiedenen Reparationsverhandlungen außerordentlich stark in Anspruch genommen war, aber wie haben kein Verständnis dafür, daß das unbedingt auf Kosten der arbeitenden Schichten geschehen mußte. Inzwischen ist die Not größer geworden. Sie erfordert weitergehende Maßnahmen, als sie bisher von der Regierung geplant waren. Ganzheitlich verlangen wir, daß bevor man teilt und eilt, um bald die Erhöhung der Umlagepreise, insbesondere auch für das erste Drittel, vornehmen zu können, zunächst einmal für uns Gehölz- und Wohnempfänger gesorgt werden müssen, deren Gehälter mit der Bewegung des Dollars nicht fortgeschritten. Jetzt muß endgültig klarheit darüber geschaffen werden, ob man in der gegenwärtigen Not den Handel weiterhin frei schalten und weiter lassen will und ob weiterhin zugeschlagen werden soll, wie für den Groß- und Kleinhandel jede Entwertung der Mark für neue Preisfestsetzungen möglich ist, während das Sintern des Dollars keine Verhüllung findet. Wo bleibt die zugesuchte schärfste Anwendung der Wuchergesetze? Wenn gedenkt man dem endlosen unerhörten Kampf auf dem Produktionsmarkt durch energische Maßnahmen einzutreten? Wie lange soll sich das Volk das Auktionsmonopol an den Händen noch gefallen lassen?

Es ist die schreckliche Zeit, daß die Reichsregierung endlich entschieden zugreift. Das Volk wünscht mehr als lediglich eine Anfüllung von Maßnahmen, die bisher nur auf dem Papier stehen. Hunger tut weh, das möge die Reichsregierung gerade in diesen Tagen nicht vergessen!

Beschränkungen der Einfuhr — Sozialpolitische Maßnahmen

Berlin, 1. September. Um einen weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, verschärfte Maßnahmen zur Unterbindung der Einfuhr aller entbehrlichen Waren zu treffen. Zu diesem Zweck hat der Reichswirtschaftsminister nun die bisherige Einfuhrfreiheit für Rohstoffe durch Bekanntmachung vom 30. August d. J. mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der Reichswirtschaftsminister auf seinem Gebiete Beschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen. Bereits jetzt werden die Außenhandels- und andere Bewilligungen

festgelegt, für diese Waren und für eine Reihe anderer entbehrlicher, bereits unter Einfuhrverbot stehende Waren bis auf weiteres die Einfuhrbewilligung nicht mehr zu erteilen. Das Einfuhrverbot wird wieder aufgehoben werden können, wenn ein angeminderter Rohstoff durch Erhöhung der Zölle erreicht ist.

Der Reichswirtschaftsminister hat absehbar die durch den Ertrag des Einfuhrverbots für Rohstoffe betroffenen und an der Tabakwirtschaft beteiligten Kreise zu einer Besprechung eingeladen, die am Sonnabend vor sich geht. Der unter Polauffrischung sich vollziehende Veredlungsverkehr wird durch die Aufhebung der Einfuhrfreiheit nicht berührt, da für ihn eine Einfuhrbewilligung nicht erforderlich ist.

Der Reichsarbeitsminister ist eine ganze Reihe von Maßnahmen gegen die militärische Rüstung in die Wege geleitet worden.

Die Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung erhalten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen zu außerordentlichen Rüstungsmaßnahmen. Für sie stellt das Reich jetzt außerdem den Betrag von 1 Milliarde Mark den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden oder beide zusammen sollen aus eigenen Mitteln mindestens ein Fünftel der aufzuwendenden Beträge beisteuern, so daß rund 1,2 Milliarden Mark außerordentliche Mittel zur Sicherung der gegenwärtigen Rüstung der Sozialrentner absehbar verwendbar sind.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wird eine Aufhebung der Leistungen durch Herausheben der Pflichtgrenzen für die Versorgung des Grundlohnes vorgenommen. Außerdem wird die Verhöhungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiete der Haftverlängerung wird ebenfalls eine Erhöhung der Verhöhungsgrenze und einige für die Berechnung der Leistungen maßgebenden Verträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Verhöhungsgrenze erweitert werden.

Die Reichsgeschäfte an die Länder für Maßnahmen zur Unterstützung nördlicher Kleinbetriebe sind von 300 Millionen Mark auf eine Milliarde Mark erhöht worden.

Die Teuerungsaufschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegerhinterbliebene, die durch Gesetz vom 21. Juli 1922 mit Wirkung vom 1. August 1922 neu geregelt waren, sind durch Verordnung vom 11. August für den Monat September um durchschnittlich 80% v. H. erhöht. Außerdem soll im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die Hälfte der im September zahlbaren Teuerungsaufschüsse betragen wird, so daß die Teuerungsaufschüsse gegenüber den Augustwerten insgesamt um rund 140 bis 200 v. H. erhöht sein werden. Die Röldmittel der sozialen Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenenfürsorge sind bereits von 300 Millionen Mark auf eine Milliarde Mark erhöht worden.

Berlin, 1. September. Der Reichswirtschaftsminister äußerte sich über die Maßnahmen gegen die Teuerung einem Korrespondenten gegenüber u. a.: Soviel das Reichswirtschaftsministerium zuständig ist, seien die notwendigen Maßnahmen bereits ergriffen. Die Verordnung über die Erhöhung der Ausfuhrabgabe sei ergangen. Auf dem Gebiete der Entwicklung steht zunächst wiederum der Betriebsanlagenpreis zur Entscheidung. Gegen die Schämmerei sei ein neues Gesetz ausgearbeitet, das auch die Konkurrenzpflicht verschafft. Bei dem Buder dürfte der Übergang zur Wirtschaftswelt unvermeidlich sein. Auf finanziell-politischem Gebiete seien bisher noch keine Entscheidungen gefällt. Außer der Dobrusskontrolle brauchen wir noch auf dem Gebiete Preisbeschränkungen der Einfuhrfreiheit vorzuhören. Bereits jetzt werden die Außenhandels- und andre Bewilligungen

festgestellt. Einem Berichter des Berl. Tagebl. werden im Reihe

einen Weiler läuft ein Drach über die Dorfstraße hin, dessen Bedeutung seinem Besucher recht klar ist. Aber die Luft ist eine ganz andre als früher. Das macht nicht der Zigarettenrauch, der von den Gängen heraufsteigt, auch nicht das starke Parfüm süßlicher Besucherinnen — „Es riecht nach Fried“! sagt einer, und wirklich, wenn auch außer einem Schwarm Vogel kein Tier am Abend mitwirkt, so etwas wie Furchtlosigkeit weht doch im Hause. Das empfindet man besonders, wenn man den schwärzlichen Dirigenten mit den weißen Stadtmietshausdächern sieht, wenn die Kleidung einseitig aufwirkt und durch sie leben, schmettern beginnen.

Das Programm muß jedem, der an Künstlerwerk überhaupt Freude haben kann, gefallen. Der Stadt „Haunstorf“ feierlich, der Sängerin, die vom kleinen g bis hinauf zum vierstimmigen c gefüllt, erweckt mein Herz nicht. Gewiß, die Sonne ist ein Phänomen mit ihrer höchsten Stimme der Welt, und ich staune über diese Naturspiel. Aber künstlerischer Genuss bereitet — trotz der Höhe — die Seligkeit nicht. Und was sonst? Aber bewundernswert ist die Aurora Gruppe, die auf dem Fahrade, oft sogar nur auf dem Hintergrunde, die halbabschreitenden Gestalten ausfüllt; der Jongleur, der wirtschaftliche Neues zeigt, Rhythmus, die so leicht, so spielerisch ausgeschaut werden und doch nur durch jahrelange tägliche Schulung möglich sind. Ein kalb Dutzend geschmeidiger Jungen wird von zwei Männern, die auf dem Rücken liegen, mit den Beinen durch die Luft geschleift; sie drehen, sie überdrücken sich, schleien übereinander weg und landen immer wieder stehend, liegend, liegend auf den Soden der Männer. Entzückend ist ein Vogelkonzert mit weisen Fallobus, buntschaffigen Papageien, sogar einer geschnittenen Elster. Das Glanzstück dieser Nummer ist ein Vogel, der rückwärts Saltomotore schlüpft. Erzeugt, Tänzerin, ein Bauchredner und ein Multimotor reißen sich an — und alle feiern sie durch ihre Leistungen. — Ich gestehe: Ich hätte für das Central-Theater, wenn es nun einmal aufbauen sollte, Überreste zu kaufen, eine bessere Verwendung gefunden — doch aber die Umstellung des Central-Theaters in ein ersten Abend wünschte nicht behaupten.

Viktoria-Theater

Im Viktoria-Theater gastiert seit gestern wieder Paul Feders mit seiner Gesellschaft und mit einer jener Burlesken, an die Feders seit seiner Zeit seine Fähigkeiten großteils komödiantische Darstellung verlor. Mit diesem Gastspiel ruht das Viktoria-Theater wiederum für einige Zeit außerhalb der Reihe jener Darbietungen, die eine künstlerische Würdigung wert sind. Es die kostbaren Raum verliehenen, wollte man an diese Angelegenheit der Viktoria-Theaterklasse mehr Raum als diese 9 Seiten wenden.

Eriapie Valutajäger

Am 11. August hatte der im Prechtweg in Böhmen wohnhafter Major ungarische Staatsanwalt Joseph Neumann die höchste Grenze bei Einsiedel überschritten, war nach Dresden gefahren und hatte für 2000 M. verschiedene Sachen gekauft. Am 14. August wollte er mit seinen gekauften Waren vom Hauptbahnhof wieder in die Heimat fahren. Er wurde festgenommen und mit einem Strafbefehl über 60 000 M. bedacht. Die Sachen wurden eingezogen. Auf Einpruch verurteilte ihn das Schöffengericht Dresden wegen Grenzüberschreitung und Ausfuhrbeambruchs zu 30 000 M. Strafe.

Der gleiche Verdacht modete sich die in Kadamtal wohnende Böhmische Vergnügungsbeschaffterin Marie Döckl sindig. Sie war am 21. August mit 20 Kronen nach Dresden gefahren und hatte hier für das Hotel eine Anzahl Sachen gekauft. Am Abend wurde sie bei der Abfahrt vom Hauptbahnhof festgenommen. Sie erhielt einen Strafbefehl über 70 000 M. Auf ehestenem Einpruch verurteilte sie das Schöffengericht Dresden zu 25 000 M. Strafe. Die Sachen blieben eingezogen.

Die Böhmische Meisterin Adolphine Döckl, ledig, in Potsdam wohnhaft, hatte bis 28. August in Dresden die verschiedensten Sachen im Wert von 65 000 M. gekauft und wurde am gestrigen Tage festgenommen. Die Anklage lautete auf verdeckte Ausfuhr. Die Angeklagte bestreit die Ausfuhrstraf und gab an, ihr Geld früher in Markt eingetragen zu haben. Da steht aber der Aufkommende drohte, habe sie die Sachen gekauft, um ihr Geld nicht einzubüßen. An eine Ausfuhr hätte sie nicht gedacht. Das Urteil lautete auf Freispruch.

Höhere staatliche Berufsschule. Elternabend Montag den 4. September, abends 8 Uhr, im Restaurant Vorstädtische Krone, Neumarkt 14. Dritter Vortrag des Herrn Studienrats Erhardt über: Die alte und die neue Schule. Eltern, die sich für die Neuzeitsschule interessieren, sind als Gäste herzlich willkommen. Zur Aufnahme für Ostern 1923 sind bisher in überwiegender Anzahl Anträge vorgekommen. Da die Schule auf dem Prinzip der Mittelschule besteht, Mädchen und Jungen in gleicher Anzahl, sind die Anträge zur Aufnahme für Mädchen besonders günstig. Anmeldungen 10-jähriger Kinder, von bisherigen Lehrern gut beurteilt werden an den Elternabend entgegengenommen.

Vierte künstlerische Filmvorführung der Deutschen Filmgesellschaft. Tie am 3. September, vormittags 10½ Uhr, in den Sommerlichäusern stattfindende vierte künstlerische Filmvorführung der D. F. G. bringt unter anderem Filmaufnahmen von dem schon bei den alten Kämpfern heiligen Pilsendreher (scarabius ritter) und den alten Kämpfern Rödel in Weiße Meer, eine Arbeit mit deutschem Minenblüten mit Bildern aus den Minenläden und herzlichen Naturaufnahmen vom Meer, aus der Bergwelt Norwegens und dem Polarkreis.

Grenzmalweiz in der Oberrealschule zu Dr.-Johannist. Sonntag den 27. August, vor 11 Uhr, im Schulsaal der Aula findet die Einweihungsfeier des den im Weltkrieg gefallenen Schülern gewidmeten Ehrenganges statt. Eine überaus große Anzahl von Angehörigen und Freunden der Gefallenen nahm an der erprobenden Feier teil. Einwohner und genannt wurde das aus einem vom höchsten alademischen Rat ausgezeichneten Bewerber hervorgegangene Ehrenmal, bestehend in einem hohen dreiteiligen Glasfenster, von dem akademischen Maler Fritz Mönnigher.

Bei Ausflügen in Dresdens Umgebung

Aufbewahren!

empfehlen sich den werten Vereinen, Ausflüglern, Sport- und Wandergenosse bestens:

Hauses Konzertgarten — Angenehmer Familienaufenthalt. — **Freizeit:** Garten-Konzert. — **Zur Zufriedenheit** — **Gartenrestaurant** — **Kelgoländer Gehölz** — **Gartenrestaurant** — **Berg-Restaurant** — **Historische Boxdorfer Windmühle** — **Spitzhaus** — **Friedensburg** — **Waldtanzdiele**

Meierei Lößnitzgrund — Beliebter Familienaufenthalt im herrlichen Lößnitzgrund. — **Hellerschänke** — **Niederpoyritz** — **Gasthof Hosterwitz** — **Gasthof Cossebaude** — **Berg-restaurant Cossebaude** — **Gasthof Stetzsch**

Gasthof Ockerwitz — **Gasthof Pennrich** — **Gasthofz. Erholung** — **Gasthof Pesterwitz** — **Gasthof Bannowitz** — **Albert-Salon** — **Klippermühle**

